

Frauen im *Deutschen Bundestag*. Indizien und Funktion der Tabuisierung von Exklusion

ANNETTE KNAUT

Im politischen Alltag und in der Politikwissenschaft wird in der Regel immer noch von Parlamenten als geschlechtsneutralen Institutionen ausgegangen. Abgeordnete handeln aus dieser Perspektive in einem durch formelle Regeln bestimmten neutralen Raum. Aber ist ein historisch männlich habitualisierter Ort in seinen formellen Normen wirklich geschlechtsneutral? Welche Rollen spielen informelle Regeln, die durch Routine und Gewohnheit entstehen? Solche Diskurse sind im Parlament, in dem formell Gleichberechtigung der Geschlechter herrscht und in dem eine ›Political Correctness‹ eine allzu offensichtliche Exklusion auf Grund von Geschlecht verbietet, ein Tabu. Informelle (Gender-)Machtstrukturen bleiben so unter dem Mantel der Geschlechtsneutralität verborgen. Dieser Aufsatz ist ein Versuch, die vermeintliche Neutralität aufzubrechen und vergeschlechtlichte Mechanismen der Exklusion bzw. Inklusion zu benennen.

Im ersten Teil wird gezeigt, dass Neutralität im Alltags- und wissenschaftlichen Sprachgebrauch meist ›Männlichkeit‹ impliziert und dass diese Neutralität aus einer politikwissenschaftlich-repräsentationstheoretischen Perspektive über das Konzept der »seriellen Kollektive« (vgl. Young 1994) aufgebrochen werden kann, ohne in einen theoretischen Genderbias zu verfallen. Im zweiten Teil werde ich Mechanismen der Exklusion von Frauen, verstanden als ›serielles Kollektiv‹ in formellen und informellen Institutionen, im Parlament aufzeigen.

1. Hat Politik (k)ein Geschlecht?

1.1 Parlamente als geschlechtsneutrale Kommunikationsräume

Die Geschichte der Demokratie ist eng verknüpft mit der Exklusion von Frauen aus der politischen Sphäre und der ›Neutralisierung‹ von Politik (vgl. Fraisse 1995: 77ff.). Es scheint ein Paradox zu sein: Die Demokratie, die auf der Partizipation aller gründet, impliziert gleichzeitig den Ausschluss der Frauen. Frauen, die sich an der Französischen Revolution noch aktiv beteiligten, wurden in der Folge aus der Politik ausgeschlossen und in die private Sphäre verwiesen, vom Mann abhängig, ohne eigene Bürgerrechte. »Ist die Revolution das Ereignis, das die Ausgrenzung herbeiführt, so ist die Demokratie die Bewegung, die sie erklärt.« (Fraisse 1995: 81) Mit der Französischen Revolution wird der Bürger männlich-neutral. Demokratien bieten aber durch ihre prinzipiellen Teilhabemöglichkeiten die Chance der Weiterentwicklung. So billigte schließlich die Weimarer Verfassung Frauen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie Männern zu. Heute schützt das Grundgesetz die Gleichberechtigung der Geschlechter. Im Bundestag sitzen heute 194 Frauen, was einem Anteil von 31,6 Prozent entspricht (vgl. Kürschners Volkshandbuch 2006).

Nicht zuletzt durch die Wahl Angela Merkels zur ersten deutschen Bundeskanzlerin scheint die Thematisierung von Exklusion überflüssig geworden zu sein. Die Unsichtbarkeit der Frauen in der Politik ist aufgehoben. Eine Diskussion, ob das Parlament durch seine von Männern geprägte Geschichte Frauen über spezifische Strukturen ausschließt, scheint überflüssig.

1.2 Politikwissenschaft und Geschlecht

Die Demokratie ist nicht nur im politischen Alltag und im allgemeinen Sprachgebrauch »das universelle Neutrale, das stärker ist als alle jeweiligen Geschlechtsbestimmungen« (Fraisse 1995: 99). Auch die Politikwissenschaft verhält sich, oberflächlich betrachtet, neutral gegenüber der Geschlechterfrage. Diese vermeintliche Neutralität ist aber genau der Grund dafür, dass sie kaum analysiert wird. Im Mainstream der Politikwissenschaft dominiert eine vermeintlich (geschlechts-)neutrale Analyse politischer Institutionen und Prozesse. Politische Akteure werden in der Regel als geschlechtsneutral oder, wenn sie als ›Machteliten‹ im Zentrum der Analyse stehen, als ›männlich‹ behandelt. Symptomatisch für diese ›männliche‹ Geschlechtsneutralität ist die von Weber ([1926] 1992) entworfene Konzeption eines ›männlichen‹ Politikers. Diese Sichtweise findet sich auch heute noch: Beispielsweise diskutiert Jens Borchert die Professionalisierung der politischen Klasse (Borchert 2003) scharfsinnig und fundiert, ohne auch nur ein einziges Wort über Politikerin-

nen zu verlieren. Der Politiker erscheint als eine Art ›männliches Neutrum‹. Die Thematisierung von Geschlecht ist in der deutschen Politikwissenschaft nicht vorgesehen. Dass formelle Rechte nicht auch gleiche Partizipation und Präsenz bedeuten bzw. dass die Nicht-Thematisierung von Geschlecht in der Regel mit einer hierarchischen Geschlechterordnung einhergeht, wird nur selten problematisiert (z.B. Schöler-Macher 1994; Fraisse 1995). Allein die Anzahl der Artikel in der *Politischen Vierteljahresschrift*, die sich mit dem Verhältnis von Politik und Geschlecht auseinandersetzen, zeigt, dass von einer Integration feministischer Positionen in die Politologie nicht die Rede sein kann: Von 1985 bis 2003 erschienen hierzu ganze zwei Artikel (vgl. Sauer 2003: 28).

Politikwissenschaftliche Ansätze, die die Bedeutung der Geschlechterordnung unter dem Blickwinkel repräsentationstheoretischer Fragestellungen fassen, kommen v.a. aus den USA. Die Debatten um Gleichheit und Differenz fassten in den 1990er Jahren auch im deutschsprachigen Raum Fuß (vgl. Seemann 1996), hatten aber kaum inspirierende Forschung zur Folge:

»Feministische Theorie ist hier entschieden phantasieloser als der demokratietheoretische male stream, der in den letzten zehn Jahren beispielsweise mit den Debatten um Kommunitarismus und Zivilgesellschaft seine Innovationsfähigkeit durchaus unter Beweis gestellt hat.« (Holland-Cunz 1998: 16)

Im Rückschluss scheint die Thematisierung von Geschlecht in den Parlamenten mit einem Tabu belegt. Die stillschweigende Übereinkunft der Nicht-Thematisierung von Macht qua Geschlecht ist ›gute‹ Praxis im politikwissenschaftlich-kulturellen Normensystem:

»Im Rekurs auf das ›unpolitische‹ weibliche (Natur-)Wesen – die *besondere* ›femina privata‹ – im Unterschied zum *allgemeinen* (Gesellschafts-)Wesen des männlichen ›homo politicus‹, also einer *geschlechterkomplementären politischen Ontologie*, die männliche Vorherrschaft rationalisiert, wurde somit der ›Sonderfall Frau‹ aus der demokratietheoretischen Analyse eskamotiert.« (Dackweiler 2004: 55, Hervorhebungen im Original)

1.3 Geschlecht als serielle Kollektivität

Bevor ich zeige, dass die vermeintlich ›neutrale‹ Sichtweise der Politologie im Verbund mit dem Alltag im Parlament zu partizipationstheoretischen Schieflagen und strukturellen Fehleinschätzungen führt, stellt sich die Frage, ob es repräsentationstheoretisch weiterführend ist, von einer Geschlechterbinarität auszugehen. Die Modellierung ›Frauen vs. Männer‹ bringt eine binäre Sichtweise in die Debatte, die doch im Zentrum der Kritik steht. Die Gefahr

besteht, dass die Struktur, die auf einer kulturellen und gesellschaftlichen Ebene überwunden werden soll, in der Theorie reproduziert wird. Das dichotome Denken mit seiner Identität stiftenden Perspektive scheint in der postmodernen Debatte endgültig überwunden zu sein. Durch die Abkehr von Essentialismus und Subjektivität (vgl. Butler 1990) ergeben sich aber für repräsentationstheoretische Fragestellungen kaum überwindbare Probleme. Ein Diskussionspunkt in repräsentativen Demokratien ist die Frage: Wer repräsentiert wen? Repräsentanten sind nicht Agenten eines Individuums, sondern sie handeln für eine Gruppe. Leugnet man die (Unter-)Repräsentanz von Frauen im Parlament und geht von einer geschlechtsneutralen Repräsentation aus, begibt man sich auf das Glatteis der Beliebigkeit. Die Ungleichheit des Zugangs zu Kommunikationsstrukturen oder tradierte Machtstrukturen in den Institutionen lassen sich nur schwer aufdecken, wenn die Rolle der Geschlechterbinarität verwischt wird. So laufen postmoderne Konzeptionen von »Gender« ebenfalls wie der politikwissenschaftliche »malestream« Gefahr, Exklusion von Frauen in Institutionen nicht zu erkennen. Fragen nach Ungleichheit, Zugangschancen und Macht sind aber in repräsentativen Demokratien zentral: Repräsentation, die Partizipation bedingt, »setzt eine gemeinsame Basis voraus, ein Gefühl gemeinsamer Zukunftsvorstellungen, in deren Namen wir [die Repräsentant/-innen] handeln können« (Benhabib 1997: 62).

Es bleibt das Dilemma zwischen subjektiver Identität und kollektiven Interessen oder der theoretischen Verfestigung von Frauen-Männer-Dualismen und Repräsentation von kulturellen, sozialen und ökonomischen Differenzen. Ein Lösungsversuch, um aus diesem Dilemma herauszukommen, ist das Konzept der seriellen Kollektivität:

»Es bietet die Möglichkeit, Frauen als gesellschaftliches Kollektiv zu verstehen, ohne daß dazu gemeinsame Merkmale oder eine gemeinsame Situation aller Frauen vorausgesetzt werden müssten.« (Young 1994: 238)

Als serielles Kollektiv verstanden werden Frauen weder durch eine gemeinsame Identität noch durch ein gemeinsames Set von Attributen definiert, sondern durch eine Reihe struktureller Einschränkungen, die ihr Handeln bedingen. Leugnet man, dass Frauen als soziales Kollektiv in Beziehung zu strukturellen Bedingungen handeln können, so »verstärkt das das Privileg derjenigen, die von einer Vereinzelung der Frauen profitieren« (ebd.: 231).

Die Anerkennung von Differenzen und gruppenspezifischer Repräsentation ist Basis für die Legitimität politischer Entscheidungen. Inklusion bzw. Integration von seriellen Kollektiven ist ein essenzieller Aspekt in parlamentarischen Entscheidungsprozessen. »Democratic inclusion means that all members of the given polity should have effectively equal influence over de-

bate and decision-making within that polity.« (Young 2000: 8) Die Einheit der seriellen Kollektive

»entsteht aus der Art und Weise, in der die einzelnen Mitglieder ihre individuellen Ziele im Hinblick auf dieselben, durch eine kontinuierliche materielle Umgebung bedingten Objekte verfolgen, als Reaktion auf Strukturen, die von den unbeabsichtigten kollektiven Resultaten vergangenen Handelns geschaffen wurden« (Young 1994: 240).

Man kann Young sicher vorwerfen, dass sie zu wenig zwischen beabsichtigten und ungewollten Differenzen unterscheidet und auch ökonomische Formen der Ungleichheit kaum beachtet (vgl. Fraser 1997: 189ff.). Ebenso problematisch ist, dass Young über die serielle Kollektivität wieder Identitäten konstruiert, die zu Fraktionierungen führen können (vgl. Butler 1993: 49). Letztlich kann auch Young die Frage, welche Formen der Differenz institutionell im Parlament repräsentiert werden, nicht erschöpfend beantworten. Dennoch erscheint ihr Modell für die Partizipations- und Repräsentationsforschung praktikabel, um ungleiche Machtverhältnisse und Exklusion auf Grund bestimmter (Gender-)Merkmale aufzudecken. Im Folgenden werden am Beispiel des deutschen Parlaments Beziehungen von Frauen zu formellen und informellen Strukturen, die historisch gewachsen sind, verfolgt.

2. Frauen im *Deutschen Bundestag*

2.1 Formelle Rollen

Trotz formeller Gleichstellung kann man lediglich von einer partiellen Inklusion von Frauen in den Parlamenten ausgehen. Indizien sind nicht nur die Frauenanteile in Gremien, sondern vor allem ihr Anteil an formellen Führungsrollen. Am Beispiel der Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer lässt sich zeigen, dass Frauen in dieser strategisch wichtigen Position mit 11 Prozent deutlich unterrepräsentiert sind. Auch unter den Fraktionsvorsitzenden finden sich kaum Frauen. Lediglich Die Grünen haben eine Frau an der Spitze der Fraktion. Zählt man den Anteil der Frauen in den erweiterten Fraktionsvorständen, kommt man auf einen Frauenanteil von 38 Prozent. Der Mechanismus, je niedriger die Bedeutung des Amtes, desto höher wird der Frauenanteil, lässt sich auch bei den Stellvertretenden Parlamentarischen Geschäftsführern beobachten. Ein interessantes Beispiel im Hinblick auf die formelle Rolle von Frauen ist die Position der Ausschussvorsitzenden. Anteilsmäßig sind hier Frauen gut oder sogar gleich vertreten (14 männliche und 11 weibliche Vorsitzende). Auffällig ist, dass unter den weiblichen Vorsitzenden kein

Mitglied der FDP- und nur zwei der CDU/CSU-Fraktion sind (vgl. Kürschners Volkshandbuch 2006). Entscheidend ist die Frage, wer den einflussreichen Ausschussvorsitz in den zentralen, machtpolitisch wichtigen Ausschüssen besetzt. Werden Frauen von männlich besetzten Themenfeldern ferngehalten? Es zeigt sich, dass Männer den Vorsitz strategisch wichtiger und gleichzeitig männlich konnotierter Ausschüsse einnehmen. Männer sitzen u.a. dem Haushalts-, Finanz-, Rechts- und dem Auswärtigen Ausschuss vor (vgl. Kürschners Volkshandbuch 2006). Diese Zahlen zeigen, dass nicht nur die quantitative Frage nach dem Frauenanteil wichtig ist, sondern dass gleichermaßen die Frage nach dem Machtpotenzial der jeweiligen Position gestellt werden muss. Letztlich ist es für eine effektive Repräsentation und echte Integration von Frauen im Parlament, im Sinne der beschriebenen »inclusive communicative democracy« (Young 2000: 8) entscheidend, wie eine Position bewertet ist.

2.2 Informelle Institutionen

Nicht jede Abgeordnete, die eine formell wichtige Rolle hat, kann auch Einfluss nehmen und nicht jede mit einer Führungsposition steuert zentrale Kommunikationsströme. Über die Frauenanteile lässt sich nur unzureichend ablesen, ob Frauen tatsächliche Kompetenzen und symbolisches Kapital außerhalb der formellen Rollen haben, so dass die Frage nach dem tatsächlichen Einfluss offen bleibt. Es ist aber davon auszugehen, dass wichtige Entscheidungen in informellen Institutionen getroffen werden, in denen eigene, männlich tradierte Regeln und Normen herrschen. Ihre Bedeutung für die Exklusion auf Grund von Geschlecht bleibt unter den formellen Strukturen verborgen, auch weil solche Diskurse unter dem Vorzeichen formeller Gleichberechtigung tabu sind. Eine Inklusion weiblicher Abgeordneter wird so durch die männlich geprägten informellen Institutionen erfolgreich verhindert.

Informelle Institutionen entstehen immer da, wo formelle Institutionen vorhanden sind und Interaktionen zwischen Akteuren stattfinden. »Institutions do matter«, diese Grundüberzeugung der Neuen Institutionenökonomik (vgl. North 1992) meint eben auch, dass Individuen immer wieder Wege finden, informelle Strukturen zu schaffen, die neben formellen Regeln bestehen und sich gleichzeitig auf die vorhandenen formellen Institutionen beziehen. Formelle Institutionen schaffen soziale Distanz. Sie machen Hierarchien, Normen und Rollen sichtbar. Sie schaffen klare Spielregeln, indem Kompetenzen zugewiesen werden. Informelle Institutionen stehen dagegen für eine Auflösung der starren Rollenverteilung, für Vertrautheit und Spontaneität. Positiv gesehen bieten informelle Institutionen Ausweichmöglichkeiten aus formalen Strukturen. Sie stabilisieren die Kommunikation und können dazu beitragen, dass die formelle Rolle keine Bedeutung hat. Politische Prozesse sind ohne in-

formelle Interaktionen kaum vorstellbar. Negativ gewendet ist alles, was informell abläuft, intransparent und nicht von Dritten kontrollierbar. Über regelmäßige informelle Interaktionen entstehen neue Normen und Spielregeln der Kommunikation und Interaktion; Geschlechterstereotype können sich verhärteten.

2.3 Das Verborgene politischer Kommunikation

Im Parlament als einem männlich habitualisierten Kommunikationsraum können sich männlich geprägte Verhaltensmuster stabilisieren, die auf informellen Regeln gründen. Frauen werden ausgeschlossen, da Männer letztlich die Macht über die Zugänge zu informellen Kommunikationsstrukturen haben. Exklusionsmechanismen finden sich dabei auf mehreren Ebenen.¹ Auf der Ebene:

- a) der Produktion von geschlechtsspezifischen Einteilungen,
- b) der Konstruktion von Symbolen, Bildern und Bewusstsein,
- c) der Interaktion zwischen Akteuren und
- d) des Herstellens von individueller Identität.

Im Folgenden will ich mich auf eine Spurensuche der Exklusionsmechanismen in informellen Institutionen begeben. Quellen der folgenden Zitate sind Literatur von und über Politikerinnen sowie Auszüge aus qualitativen Leitfadeninterviews, die ich mit Abgeordneten des Bundestages 2006 und 2007 geführt habe.²

a) Produktion von geschlechtsspezifischen Einteilungen

Geschlechtsspezifische Einteilungen werden durch Anerkennung der Arbeit, Positionen, Kompetenzzuweisungen und Macht immer wieder produziert.

Anerkennung der Arbeit

Die Arbeitsteilung im Parlament scheint historischen Mustern zu folgen.

»Ich glaube, es ist immer noch so, dass Frauen besser sein müssen, um die gleiche Anerkennung zu erhalten wie ein Mann, das ist sicher in den Themengebieten noch etwas unterschiedlich, es gibt Themengebiete, die werden den Frauen selbstver-

1 Ich lehne mich hier an das Konzept der »gendered organization« an (vgl. Acker 1990; 1992). »Gendered organization« meint, »that advantage and disadvantage, exploitation and control, action and emotion, meaning and identity are patterned through and in terms of a distinction between male and female, masculine and feminine« (Acker 1990: 146).

2 Zitate aus den Interviews sind mit »MdB weibl.« bzw. »MdB männl.« markiert.

ständlicher zugeordnet [...], aber in klassischen männlichen Gebieten, in der Finanzpolitik, in der Wirtschaftspolitik, glaube ich, ist es immer noch so, dass die Frauen besser sein müssen als Männer, um gleichwertig eingeschätzt zu werden.« (MdB weibl.)

Positionen

Haben Frauen es schwerer, Karriere zu machen?

»Definitiv, weil wir trotz aller Gleichberechtigung immer noch über Medien, Öffentlichkeit, Visuelles ein gewisses Rollenbild haben, gegen das wir uns zwar innerlich wehren können, aber das sehr schwer auszugleichen ist.« (MdB männl.)

Personalentscheidungen sind oft Entscheidungen der männlichen Mehrheit. Frauen werden bei wichtigen Positionen übergangen. Männer haben »Frauen einfach nicht auf dem Zettel« (Sager 2005: 161). Im Zweifelsfall wird auch die Quotierung unterlaufen.

»Auf der einen Seite gibt es innerhalb der Partei ja die Struktur, dass die Quote immer berücksichtigt wird. Das läuft auch oberflächlich, aber in dem Augenblick, wo innerhalb einer Gruppe ein Sprecher gewählt wird oder bestimmte Aufgaben verteilt werden, ist diese Struktur nicht mehr existent. Da geht es dann eher nach dem Prinzip, wer am durchsetzungsfähigsten ist.« (MdB weibl.)

Männer nehmen diese ungleichen Zugangschancen oft nicht wahr:

»Wenn ich jetzt die jungen Frauen bei uns in der Fraktion vor Augen nehme. [...] kann man nicht sagen, dass die irgendwie Nachteile haben.« (MdB männl.)

Kompetenzzuweisung

Ein beliebtes Mittel, Frauen aus Führungspositionen »auszuschalten« ist es, ihnen die fachliche Kompetenz abzustreiten, weil sie auf Grund ihres Geschlechts dazu nicht in der Lage seien.

Renate Schmidt: »Das passiert immer, wenn Frauen in Domänen vorstoßen wollen, die früher Männern vorbehalten waren. Wenn eine Frau Ministerpräsidentin werden will, heißt es plötzlich: Kann die das überhaupt? [...] Ich galt als kompetente Abgeordnete. Erst als ich höher hinaus wollte, wurden meine Sachkenntnisse in Frage gestellt.« (Koelbl 2002: 273)

Frauen werden immer noch eher bei weiblich konnotierten Themen als Expertinnen anerkannt:

»In den Bereichen der üblichen, typischen Frauenbereiche, Soziales, Bildung ist das [die Zusammenarbeit zwischen Frauen und Männern] kein Thema. Da sind wir wirklich gleichberechtigt.« (MdB weibl.)

Letztendlich geben aber, nach Beobachtung einer Abgeordneten, selbst bei traditionellen ›Frauthemen‹ die Männer den Ton an:

»Insofern ist das [der Sozialausschuss] ein Ausschuss, in dem Frauen durchaus vertreten sind. Ich kann aber sagen, dass bei den anderen Fraktionen der Frauenanteil geringer ist und insgesamt, trotz der Tatsache, dass man diesen sozialen Bereich traditionell den Frauen zuordnet, die Männer in den anderen Fraktionen eigentlich den Ton angeben.« (MdB weibl.)

Macht

Informelle Macht scheint ›männlich‹ zu sein: Politikerinnen berichten von einer ›natürlichen‹ Dominanz der Männer, die mit einem Führungsanspruch einhergeht (vgl. Schöler-Macher 1994: 67). Frauen in Führungspositionen laufen oft in eine Art ›double-bind-Falle‹: Eignen sich Frauen ›männliche‹ Verhaltensweisen an, heißt es, sie seien keine richtigen Frauen und sie werden dafür sanktioniert. Verzichteten sie auf ›männliches‹ Verhalten, nimmt man sie nicht ernst (vgl. Schöler-Macher 1994: 96).

»Natürlich hatte ich das Problem, entweder als dumme Blondine oder als eiskaltes Karriereweib zu gelten.« (Koch-Mehrin 2005: 101)

Dieses Dilemma bringt Rubart auf den Punkt:

»Zeigen sie die typischen Merkmale der traditionellen ›weiblichen‹ Kultur, d.h. kümmern sie sich um Andere, sind sie offen für Gefühlsäußerungen und nicht aggressiv, dann nimmt man sie in der Politik nicht ernst, weil sie sich nach Ansicht der Männer völlig unpassend benehmen. Verhalten sie sich aber so, wie man es von politischen Führungspersonen gewohnt ist, werden sie wegen mangelnder Weiblichkeit kritisiert, oder es wird bezweifelt, daß sie fähig sind, ein höheres Amt dauerhaft auszuüben.« (Rubart 1998: 373)

Heide Simonis antwortet auf die Frage, wie Männer damit umgehen, dass sie von einer Frau regiert werden:

»Am Kabinetttisch gibt es keine Probleme. Aber bei so manchen Männern in gehobenen Positionen ist das schon anders. Obwohl sie genau wissen, was sich gehört, begrüßen sie einen nicht oder sagen einem, man würde von einer Sache sowieso nichts verstehen und deswegen brauche man auch keine Erläuterungen.« (Koelbl 2002: 206)

b) Konstruktion von Symbolen, Bildern und Bewusstsein

Über Sprache, Kleidung und Kulturen wird der Gender-Bias legitimiert oder auch delegitimiert. Dies geschieht mittels der Konstruktion von Symbolen, Bildern und Bewusstsein.

Sprache

Häufig berichten Frauen von Erfahrungen des Nicht-Ernstgenommen-Werdens. Als Beispiele nennen sie den Paternalismus männlicher Kollegen, einhergehend mit einer Missachtung der Leistungen der Frauen. Männer nähmen an, dass Frauen Belehrungen bräuchten. Häufig würden Männer Redebeiträge von Frauen durch Zwischenrufe oder demonstratives Nicht-Zuhören abwerten (vgl. Schöler-Macher 1994: 90ff). »Beliebt« seien auch sprachliche Bemerkungen, mit denen Frauen in die Flucht getrieben werden sollen:

»Mal fällt eine Zote, mal eine Anzüglichkeit, gerade so, als wollten die Herren testen, wann der Punkt erreicht ist, an dem man sich verabschiedet.« (Koch-Mehrin 2005: 101)

Kleidung

Genderstereotype werden auch über Kleidung verstärkt.

»Der Mann hat einen Anzug im Zweifel an und eine Krawatte, ein Hemd. Da gibt's nichts zu gucken. [...] Da haben es Männer schlichtweg leichter. Deswegen sehen Sie auch immer mehr Frauen, die [...] den Hosenanzug, den dunklen anhaben [...]. Aber trotzdem wird erstmal geguckt, viel mehr. Ich merk' das auch immer wieder, wenn die Leute sagen, die wissen immer, was die Frau anhatte. Bei dem Mann können Sie noch nicht einmal sagen, ob es eine gelbe, rote oder »ne blaue Krawatte war.« (MdB männl.)

Kulturen

Rituale gehören zur parlamentarischen Kultur: Kumpanei, Sprüche, Schulterklopfen werden als politischer Stil inszeniert. Frauen sind davon ausgeschlossen:

»Du merkst, es sind nicht deine Rituale.« (Schwartzing 1995: 46)

»Viele Männerköpfe sind so strukturiert, dass sie eine lebenslange Mitgliedschaft vorsehen, und da sind die JuSos das absolute Bindeglied. Und da entwickelt sich dann schon das Vater-Sohn- und Großvater-Fördersystem. Da sind nicht alle, es gibt natürlich auch aktive JuSo-Frauen, also wir haben in Berlin ja auch eine JuSo-Vorsitzende, aber die sind in der totalen Minderheit.« (MdB weibl.)

Frauen engagieren sich erst in einem Alter für Politik, in dem Männer schon lange dabei und entsprechend habitualisiert sind. Dies ist ein schwer einzuholender Karrierevorsprung.

»Viele der Frauen treten nicht im Jugendorganisations-Alter ein, sondern, wenn sie älter sind und das hat natürlich für viele schon einen strukturellen Nachteil.« (MdB weibl.)

Frauen honorieren, wenn Frauen einen uneitlen Politikstil pflegen:

»Aber man muss mal gucken, wie sich das weiter mit einer Bundeskanzlerin an der Spitze entwickelt, ob das wirklich so durchgreifend sich verändert, dass es einfach auch noch andere Modelle gibt, gegen diese durchsetzungsfähigen Männer. Eine Frau, die eher mal nachdenkt, die mal abwartet. Ich meine, solche Politikertypen gab es ja früher auch, aber ob die jetzt ›ne Chance hätten, das bezweifle ich eben sehr stark an.« (MdB weibl.)

Manche Abgeordnete meinen, die Durchsetzungsfähigkeit von Frauen sei gekoppelt an die Anpassung an männliche Regeln:

»Und da gibt es einige Politikerinnen, die, obwohl sie nicht populär sind, durchsetzungsfähig, wie Ulla Schmidt, total umstritten, aber sie hält sich seit Jahren an der Spitze, manchmal auch mit Tricks von Männern, aber sie ist im Endeffekt sehr durchsetzungsfähig.« (MdB weibl.)

c) Interaktionen zwischen Akteuren

Interaktionen zwischen Akteuren entwickeln und verstärken Gender-Images über Muster von Dominanz und Unterwerfung.

Frauen haben oft mit Problemen und Widersprüchen zu kämpfen, die Männer nicht kennen: Sie werden mit Stereotypen konfrontiert, sie sind überangepasst, sie haben zu wenig Verbündete, um gleiche Einflussmöglichkeiten zu besitzen. Nach Kanter (1977), die das Konzept des »token status« entwickelte, hängen die Probleme der »Symbolfrau« vor allem mit ihrer Minderheitenrolle zusammen. Solange Frauen nicht einen bestimmten Anteil in bestimmten Positionen erreichen, würden sie von der Mehrheit kontrolliert und als Ausnahme stilisiert.

»Und es gibt eben auch Gruppen, da arbeiten weniger Frauen als Männer und da haben Frauen dementsprechend auch weniger Chancen und haben dann auch den Makel der Frauen-Gruppe, die unbotmäßigerweise versucht, sich bestimmte Einflusschancen zu sichern. Und das gelingt nicht.« (MdB weibl.)

Sollte eine Frau sich also nicht zu offensiv mit anderen Frauen solidarisieren?

»Natürlich kriegen Männer Angst, wenn auf einmal mit dem Riesen-Label Frauen-Netzwerk Frauen gegen sie stehen. Aber wenn man einzeln auf sie zutritt, im Vier-Augen-Gespräch sagt, was man will, dann kann man mit denen sehr gut reden und seine Positionen durchsetzen.« (MdB weibl.)

d) Herstellen von individueller Identität

Die Integration in informelle Strukturen gilt als Voraussetzung für eine erfolgreiche politische Karriere. Solche Strukturen, die dem Zweck der Unterstützung dienen, sind durch Kontinuität gekennzeichnet, sie haben Netzwerkcharakter. Über Interaktionen in den Netzwerken entsteht individuelle Identität, indem Anforderungen an geschlechtsspezifische Verhaltensweisen gestellt und ggf. eingelöst werden.

Immer wieder weisen Abgeordnete auf Unterschiede zwischen Männer- und Frauennetzwerken hin.

»Ich glaube, dass die Männer eben auch sehr stark männerbündisch arbeiten, die haben andere Organisationsstrukturen.« (MdB weibl.)

»Männer sind sich auch gar nicht so bewusst, dass sie ein so großes Netzwerk haben, weil das läuft automatisch.« (MdB weibl.)

Elemente in männlichen Netzwerken sind u.a. ritualisierte Verhaltensweisen, das Bestehen einer ›Hackordnung‹ oder auch Kameradschaft. Frauen sind aus Männerbünden häufig ausgeschlossen (vgl. Schöler-Macher 1994: 75f.). Die Frauen, die ich befragt habe, bestätigen die Bedeutung von Netzwerken für die politische Arbeit. Immer wieder wird betont, dass Frauennetzwerke instabiler sind.

»Ich glaube, dass wir Frauen es in geringerem Maße so umsetzen und dass die Netzwerke von Frauen störungsanfälliger sind. Um es zu einer wirklichen Karriere kommen zu lassen, müssen diese Seilschaften sehr lange dauern und nicht einfach nur hier zwei Jahre, da drei Jahre. Sie müssen Kontinuität aufweisen und sie müssen manchmal 10, 20 Jahre dauern. Und das ist bei Frauen schwieriger.« (MdB weibl.)

»Ich würde jetzt sagen, natürlich versuchen wir auch als Frauen, uns miteinander abzusprechen und unsere Ziele zu formulieren und gucken, dass man sich untereinander unterstützt. Aber ich glaube, es ist schon ein großer Unterschied. Frauen und Frauen, da gibt es schon Unterschiede. Die aus der Frauenbewegung kommen, haben dafür ein großes Bewusstsein, aber das ist ja nicht bei allen der Fall.« (MdB weibl.)

Über den Typus des Netzwerkes und die Ziele gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Manche betonen die Bedeutung eher persönlicher Netzwerke:

»Netzwerke sind sehr wichtig. Es ist ja wie im Vertrieb in der Politik ein auf und ab, und man ist auch oft unten, war ich auch, innerhalb des Jahres, da ist es ganz wichtig, dass man jemand hat, der richtet einen auf [...]. Ansonsten sind meine Mitarbeiter mein kleinstes Netzwerk, aber vielleicht mein wichtigstes Netzwerk, zu denen habe ich 100 Prozent Vertrauen.« (MdB weibl.)

Eine Abgeordnete betont, dass Frauen-Netzwerke zu zielorientiert seien und damit ineffektiv:

»Frauen gehen nicht des Bier-Trinkens wegen miteinander weg, sondern ›Jetzt machen wir Frauen mal wieder etwas zusammen‹. [...] Aber sie machen es nicht des Zwecks wegen, sondern dass sie sagen können, ›wir haben es gemacht‹ und das ist das Problem [...] Frauen müssen sich wie Männer mal zusammenschließen, weil sie mal schweigen wollen oder mal ein Bier miteinander trinken wollen [...], aber um der Sache wegen und nicht des Anscheins wegen.« (MdB weibl.)

Der Zweck von politischen Netzwerken wird zumeist kritisch gesehen:

»Ich halte nichts von Netzwerken ›Wir Frauen in Deutschland‹, halte nichts davon, weil die Männer haben auch keine ›Wir Männer‹-Netzwerke und haben es trotzdem zu etwas gebracht.« (MdB weibl.)

e) Fazit

An den Exklusionsmechanismen zeigt sich, dass in den informellen Institutionen eine Geschlechterdualität immer wieder reproduziert wird. Politischer Einfluss scheint nach wie vor geschlechtsabhängig zu sein. Geschlechtsspezifische Verteilung von Rollen und Macht ist nicht zufällig, sondern systematisch. Die Stabilisierung des Genderbias und seine Integration in Kommunikationsstrukturen finden auf mehreren Ebenen statt. Frauen agieren als ›integrierte Außenseiterinnen‹ im Parlament.

3. Funktion der Tabuisierung der Exklusion

Durch das in der parlamentarischen Kommunikationskultur verwurzelte Tabu, die Rolle von Geschlecht aufzudecken, sichern sich Männer weiterhin die zentralen Machtpositionen und Handlungsressourcen. Abgeordnete agieren unter dem Mantel der Gleichberechtigung wie gewohnt. Auch wenn die Selbstverständlichkeit der ›männlich-neutralen‹ Betrachtung von Demokratie

in Bewegung geraten ist, bleibt es Aufgabe der Politikwissenschaft, verborgene Geschlechter-Hierarchien und informelle Strukturen aufzudecken. Informelle Institutionen zeigen auf das Ungedachte und Unausgesprochene der politischen Kommunikation im Parlament. Im Unausgesprochenen liegt auch ihre Macht verborgen und hier zeigt sich dann auch die Funktion des Tabus: Männer besetzen ungestört Machträume und zentrale Kommunikationsstrukturen. Dies gelingt immer wieder, da die Geschlechterstruktur in den Institutionen eine Art Substruktur bildet, die im Alltag die Handlungs- und Kommunikationslogiken der Akteure immer wieder neu organisiert bzw. Mechanismen der Exklusion auf Grund von Geschlecht bereitstellt.

So lange also das Tabu besteht, Deutungsmuster der Geschlechterstruktur mit allen ihren Symbolen, Hierarchien und Rollenerwartungen zu thematisieren und zu durchbrechen, so lange wird die Exklusion von Frauen aus parlamentarischen Institutionen immer wieder produziert. Die relative Machtlosigkeit von Frauen, ihr Ausschluss aus zentralen Kommunikationsstrukturen bleibt unter dem Mantel der Geschlechtslosigkeit parlamentarischer Institutionen verborgen.

Literatur

- Acker, Joan (1990): »Hierarchies, Jobs, Bodies: A Theory of Gendered Organizations«. In: *Gender & Society* 4, S. 139-158.
- Acker, Joan (1992): »Gendering Organizational Theory«. In: Albert J. Mills/Peta Tancred (Hg.), *Gendered Organization Analysis*. London: Sage Publications, S. 248-260.
- Benhabib, Seyla (1997): »Von der Politik der Identität zum sozialen Feminismus. Ein Plädoyer für die neunziger Jahre«. In: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.), *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*. PVS Sonderheft 28. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 50-65.
- Borchert, Jens (2003): *Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Butler, Judith (1990): *Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity*. New York/London: Routledge.
- Butler, Judith (1993): »Kontingente Grundlagen: Der Feminismus und die Frage der ›Postmoderne««. In: Seyla Benhabib/Judith Butler/Drucilla Cornell/Nancy Fraser (Hg.), *Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart*. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 122-133.
- Dackweiler, Regina-Maria (2004): »Wissenschaftskritik – Methodologie – Methoden«. In: Sieglinde K. Rosenberger/Birgit Sauer (Hg.), *Politikwissenschaft und Geschlecht*. Wien: UTB, S. 45-63.

- Fraisse, Geneviève (1995): *Geschlecht und Moderne. Archäologien der Gleichberechtigung*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Fraser, Nancy (1997): *Justice Interruptus. Critical Reflections on the »Postsocialist« Condition*. New York/London: Routledge.
- Holland-Cunz, Barbara (1998): *Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kanter, Rosabeth Moth (1977): *Men and Women of the Corporation*. New York: Basic Books.
- Koch-Mehrin, Silvana (2005): »Gemeinsam an die Macht: Frauen und Männer in Zeiten der Globalisierung«. In: Maybrit Illner (Hg.), *Frauen an der Macht. 21 einflussreiche Frauen berichten aus der Wirklichkeit*. München: Diederichs, S. 161-170.
- Koelbl, Herlinde (2002): *Spuren der Macht. Die Verwandlung des Menschen durch das Amt*. München: Knesebeck.
- Kürschners Volkshandbuch (2006): *Deutscher Bundestag*, 16. Wahlperiode. Rheinbreitbach: NDV.
- North, Douglass C. (1992): *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*. Tübingen: Mohr.
- Rubart, Frauke (1998): »An der Macht, aber nicht am Ziel: Politische Partizipation von Frauen in Norwegen«. In: Beate Hoecker (Hg.), *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*. Opladen: Leske + Budrich, S. 353-378.
- Sager, Christa (2005): »Im politischen Wettstreit um die Macht. Zwischen Frauenquote und einem anderen Politikstil«. In: Maybrit Illner (Hg.), *Frauen an der Macht. 21 einflussreiche Frauen berichten aus der Wirklichkeit*. München: Diederichs, S. 161-170.
- Sauer, Birgit (2003): »Veilchen im Moose – Die GeschlechterPolitik der PolitikWissenschaft«. In: *Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien* 21/2, 3, S. 27-39.
- Schöler-Macher, Bärbel (1994): *Die Fremdheit der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten*. Weinheim: Beltz.
- Schwarting, Frauke (1995): »Manchmal hast du das Gefühl, du stimmst nicht ganz.« Erfahrungen von Frauen in Parlamenten. Münster: Agenda.
- Seemann, Birgit (1996): *Feministische Staatstheorie. Der Staat in der deutschen Frauen- und Patriarchatsforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Weber, Max ([1926] 1992): *Politik als Beruf*. Stuttgart: Reclam.
- Young, Iris Marion (1994): »Geschlecht als serielle Kollektivität: Frauen als soziales Kollektiv«. In: Institut für Sozialforschung Frankfurt, Gender Studies (Hg.), *Geschlechterverhältnisse und Politik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 223-261.
- Young, Iris Marion (2000): *Inclusion and Democracy*. Oxford: Oxford University Press.

